Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 53.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 286. Sonnabend, 8. Dezember 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Unentgeltlicher Nachlaß erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 69. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Auf dem Wege nach Lugano.

tm. Dr. Stresemann befindet sich auf dem Wege nach Lugano. Tatsächlich wurde, als die Nachricht aus London einging, Chamberlain werde wahrscheinlich nicht zur Völkerbund-Ratstagung kommen können, in Berlin erwogen, ob Stresemann seine Reise nicht ebenfalls aufgeben sollte. Denn durch die Abwesenheit Chamberlains hätte es nur zu unverbindlichen Gesprächen zwischen Stresemann und Briand kommen können, die die Reise nicht gelohnt haben würden. Der Optimismus des deutschen Außenministers zog ihn jedoch zu den Verhandlungen nach Lugano, außerdem rechnete man bis zur Stunde der Abreise dahin, daß Chamberlain seine Ansicht ändern werde. Und Stresemann scheint recht zu behalten, denn zur Stunde liegt die Nachricht aus London vor, daß es zwischen Churchill und Chamberlain zu erregten Verhandlungen gekommen sei, die mit dem Ergebnis schlossen, daß Chamberlain sich infolge der Krankheit des Königs nicht mehr an London gebunden fühlt und deshalb die Absicht habe, am Sonntag ebenfalls in Lugano einzutreffen. Was hinter den englischen Kulissen vorgegangen ist, weiß man nicht. So viel kann man übersehen, daß das Schatzamt sich nicht ganz in die Gefolgschaft Frankreich begeben und den notwendigen Druck auf den Außenminister ausgeübt hat, seine zu franzosenfreundliche Haltung zu revidieren. Auch in England hat sie ja, wie aus der Erregung im Unterhause und aus den Zeitungsstimmen hervorgeht, überrascht und konnte dem englischen Ansehen wenig tunlich sein. Es ist nun damit zu rechnen, daß in Lugano die drei Außenminister die geplante Räumungsbesprechung aufnehmen und daß die Verhandlungen vielleicht einen größeren Rahmen dadurch erhalten, als nach einer in Berlin vorliegenden Meldung, die freilich noch keine Bestätigung gefunden hat, selbst Mussolini die Absicht haben soll, auf kurze Zeit Lugano aufzusuchen. Da rein-italienische Probleme von der Ratstagung nicht berührt werden, könnte die Reise Mussolinis nur so aufzufassen sein, daß er seinerseits die Räumungsfrage wie das Reparationsproblem einer beschleunigten Lösung zuführen möchte. Für Deutschland wäre die Anwesenheit Mussolinis in Lugano nur erwünscht, und deshalb wartet man mit Interesse darauf, ob sich die römische Nachricht bestätigt.

Stresemann wird sich klar darüber sein, daß er in Lugano keinen leichten Stand haben wird, denn wenn der verschnupfte englische Außenminister sich überhaupt zu Verhandlungen einläßt, wird er, auch wenn man in England einer anderen Auffassung begegnet, so leicht keine Umkehr finden und zusammen mit Briand höchstens nur eine Debatte über das Recht zur Forderung der Rheinlandräumung erörtern. Weshalb Deutschland sein Recht zur Forderung der Rheinlandräumung betont, ist bekannt. Stresemann hat aber auch in seiner letzten Reichstagsrede den deutschen Standpunkt vertreten, daß Deutschland die Rheinlandräumung ohne Bedingungen lediglich aus seinem Recht fordern müsse. Wenn die Besatzungsmächte sich zur Räumung bereit erklären wollen gegen deutsche Konzessionen, so sind für Stresemann von vornherein alle Möglichkeiten zu erfolgreichen Verhandlungen genommen. Der deutsche Standpunkt ist schließlich noch bei einer Unterredung, die Stresemann vor seiner Abreise mit dem Reichspräsidenten hatte, klar gezeichnet worden. Zum besseren Nachdruck kann aber noch die Stimme gelten, die die Pfälzer in einer Kundgebung in Berlin erhoben. Niemals würde die Pfalz, sagte der Redner, der Oberbürgermeister von Ludwigshafen, es zugeben, daß Deutschland für die Räumung Zusicherungen mache. Alle Forderungen der Besatzungsmächte seien abzulehnen, fordern sie für die Räumung ein Ostlocarno, fordern sie Deutschlands Verzicht auf einen Anschluß an Oesterreich, oder fordern sie eine Mobilisierung der Eisenbahnobligationen. Die Pfalz wolle lieber noch die Besatzung bis 1935 tragen, als das Reich veranlassen für die sicherlich erwünschte Freiheit Opfer zu bringen, die dem Reiche schädlich sein könnten.

Dieser Standpunkt, der in Deutschland so oft und so klar, vom Außenminister, von allen verantwortlichen Stellen, von Parlament und Presse bekundet wurde, dürfte den Besatzungsmächten nicht unbekannt sein. Und eben weil man in Paris und London genau weiß, Deutschland wolle das besetzte Gebiet zu keinem Handelsobjekt machen, hat man das Kesseltreiben veranstaltet, daß, wie es scheint, Chamberlain seinen letzten Nimbus in England genommen hat und seine diplomatische Unfähigkeit in der Welt offenkundig werden ließ. Immer wurde der Außenminister auf seinen Reisen zu den Völkerbundtagungen mit vielen guten Wünschen begleitet, immer hat man ein Programm aufgestellt, daß er absolvieren sollte und hat hinterher gerecht, wenn das Ergebnis der Verhandlungen zu mager war. Diesmal wissen wir von vornherein, daß er einen schweren Gang tut und werden uns auch von Mißerfolgen nicht beeinflussen lassen.

Die Vorbereitungen zur Ratstagung in Lugano.

)(Lugano. Die Stadt ist zu Ehren der Ratsdelegation in den schweizerischen und kantonalen Farben beflaggt. Als erster Delegierter traf der gegenwärtige Präsident des Völkerbundsrates, Procope (Finnland), Freitag abend in Lugano ein. Mit dem nächsten Schnellzuge kam der französische Außenminister Briand mit seiner Begleitung. Am gestrigen Abend waren die Seeufer und die öffentlichen Gebäude Luganos prächtig beleuchtet.

Die Verhandlungen mit Polen ergebnislos.

Polen will das Scheitern der Verhandlungen mit Deutschland. — Neue Zollschikanen.

* Warschau. (Telunion.) Obgleich hier über den Verlauf der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen noch keine amtlichen Mitteilungen vorliegen, verstärkt sich der Eindruck immer mehr, daß Polen aus politischen Gründen nicht oder doch nur sehr wenig geneigt ist, die zwischen beiden Ländern bestehende Spannung zu beseitigen. Wenn man dazu noch den Widerstand der polnischen industriellen Kreise in Rechnung stellt, kommt man zu dem Schluß, daß es auch diesmal nicht gelingen dürfte, die nötige Grundlage für den Abschluß der Verhandlungen zu finden. Die politische Abordnung verfolgt nach wie vor die Taktik, die Fragen, an denen Polen besonders interessiert ist, einzeln herauszuholen und in den Vordergrund zu stellen, während die deutschen Wünsche und Forderungen gar keine Beachtung finden.

Selbstverständlich ist Deutschland nicht in der Lage, den Polen auf diesem Wege zu folgen und muß auf einer gleichmäßigen Behandlung aller Artikel bestehen. Aus diesem Grunde erscheint es ganz selbstverständlich, daß Dr. Hermes — wie die polnische Presse zu berichten weiß — ein Sonderabkommen über die Verlängerung des Holzvertrages im heutigen Stadium der Verhandlungen abgelehnt habe. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die polnischen Bevollmächtigten von Deutschland die Gewährung eines Schnittholzkontingents verlangen, ohne ihrerseits auch nur im geringsten auf die im Interesse Deutschlands notwendigen Vorschläge einzugehen. Die hiesige Presse hebt immer mehr hervor, daß Polen vollständig auf dem Boden der Genfer Konvention stehe und für die Idee des Freihandels eintrete. Im schärfsten Gegensatz zu diesen Behauptungen steht aber die Tatsache, daß Polen in bezug auf die Höhe seiner Schutzzölle, bezw. seiner Absperrungspolitik unter allen europäischen Staaten an zweiter Stelle steht. Weiter scheint die Presse nichts davon zu wissen, welch einseitig gegen Deutschland gerichtete Zollschikanen die zuständigen polnischen Behörden gerade in letzter Zeit anläßlich der Handelsvertragsverhandlungen anzuwenden beliebten. So werden verschiedene deutsche Ausfuhrartikel ohne ersichtlichen Grund unter eine andere viel höhere Zollbedingungen bedingende Position gebracht. Deutsche Fahrradrahmen, deren Einfuhr bisher nicht beschränkt war, unterliegen neuerdings plötzlich einem Einfuhrverbot.

Ohne dem amtlichen Bericht über das Ergebnis der deutsch-polnischen Besprechungen vorgreifen zu wollen, darf schon jetzt nochmals betont werden, daß die ablehnende Haltung Polens die Erreichung eines positiven Ergebnisses so gut wie ausgeschlossen erscheinen läßt.

*

Will Polen keinen Handelsvertrag?

* Warschau. (Telunion.) Soweit sich die Dinge heute übersehen lassen, sind die viertägigen Handelsvertragsbesprechungen zwischen den Bevollmächtigten Deutschlands und Polens sowohl streng objektiv, wie vom deutschen Standpunkt aus gesehen, ergebnislos verlaufen, es sei denn, daß man es als ein Ergebnis bezeichnen wollte, daß der Faden nicht völlig abgerissen ist, und daß die Vorverhandlungen am 16. Dezember wieder aufgenommen werden sollten. In einer irgendwie als Grundlage brauchbaren Klärung hatte der Meinungsaustausch jedenfalls nicht beigetragen. Schon aus dem Grunde nicht, weil die polnischen Verhandlungspartner, wie verlautet, einer bündigen Meinungsäußerung zu den deutschen Vorschlägen bis zuletzt ausgewichen sind. Die Lage läßt sich wohl nur so charakterisieren, daß man polnischerseits sehr darauf bedacht gewesen ist, die eigenen Wünsche in den Vordergrund zu stellen und genau zu formulieren, die von Deutschland herausgestellten Belange aber in der Schwebe zu lassen. Gleichzeitig hat ein gewisser keineswegs unerheblicher Teil der hiesigen Presse alles getan, um den tatsächlichen Sachverhalt zu verschleiern, bezw. auf den Kopf zu stellen.

Ein mehrfach zitiertes offiziöses polnisches Blatt ist z. B. so weit gegangen, zu behaupten, daß die deutschen Vorschläge in bezug auf die polnische Ausfuhr von lebenden und toten Schweinen nicht über den Rahmen des modus vivendi — Vorschläge vom November 1927 herausgegangen seien.

Tatsächlich aber haben zuverlässigen Berichten zufolge, in letzter Zeit Verhandlungen zwischen Vertretern des polnischen Ausfuhrsyndikats und der deutschen Sachverständigen stattgefunden, bei denen es unter weitgehenden Zugeständnissen von Seiten des deutschen Vertrauensmannes in allen Punkten zu einer grundlegenden Verständigung kam, einer Verständigung, die nicht nur die Kontingentierung der Schweineausfuhr nach Deutschland betrifft, sondern auch ein garantiertes Durchfuhrkontingent vorsieht und darüber hinaus freie Durchfuhr auf eigenes polnisches Risiko anheim stellt.

Diese Vereinbarungen sind trotz mancher Bedenken von seiten der deutschen Bevollmächtigten in vollem Umfange sanktioniert worden. Weiter hat das offiziöse polnische Blatt erklärt, daß die Deutschen in der Frage der polnischen Hornvieh- und Rindfleischausfuhr noch weit größere Schwierigkeiten gemacht hätten. Dabei muß der Zeitung ein geradezu merkwürdiger Irrtum unterlaufen sein, denn auch in dieser Frage sind, nach zuverlässigen Informationen, von Seiten der deutschen Regierung überhaupt gar keine Einwendungen gegen die polnischen Wünsche gemacht worden.

In bezug auf das Kohlenkontingent ist Deutschand ebenfalls in seinen Zugeständnissen bis zur Höchstgrenze gegangen. Trotz der loyalsten Haltung von deutscher Seite sind die Polen jedoch scheinbar nicht zu bewegen gewesen, ihrerseits auch nur eine einzige bindende Zusicherung in bezug auf die deutschen Wünsche zu machen. Man ist vielmehr scheinbar von dem Standpunkt ausgegangen, daß ein einseitiges deutsches Festlegen für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen genüge, während es Polen sich vorbehalten könne, über die grundlegenden deutschen Wünsche erst im Rahmen der zukünftigen Verhandlungen zu sprechen.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß zwischen den verschiedenen maßgebenden polnischen Stellen, weitgehende Meinungsunterschiede und Unklarheiten über die eigentlichen Ziele und Absichten zu herrschen scheinen, die der Schaffung einer Handelsvertragsgrundlage so ungünstig wie möglich sind. Sache der Polen wird es jetzt sein, bis zum 16. Dezember diese Unklarheiten zu überwinden und ihrerseits durch eine unmißverständliche Beantwortung der deutschen Vorschläge zu beweisen, ob ihnen überhaupt an der Schaffung einer Verhandlungsgrundlage gelegen ist, oder ob es auf eine für Deutschland untragbare Verschleppungstaktik hinaus will. Es ist ferner zu hoffen, daß die polnische Presse nicht weiter fortfährt, die Atmosphäre in unverantwortlicher Weise zu trüben.

Der Etat fertiggestellt.

qu. Berlin. Wie wir aus dem Reichsfinanzministerium hören, ist nun der Reichsetat für das kommende Etatsjahr fertiggestellt. Zum Ausgleich der Unterbilanz hat der Finanzminister eine Erhöhung der Erbschaftssteuer, eine Erhöhung der Biersteuer und größere Einnahmen aus dem Branntweinmonopol vorgesehen. Die Entscheidung darüber, ob es bei diesem Voranschlag bleiben soll, werden nun die Regierungsparteien zu treffen haben, die sich in den Koalitionsverhandlungen mit dem Etat eingehend beschäftigen sollen. Die Einbringung des Etats vor Weihnachten hängt ganz von dem Gange der Koalitionsverhandlungen ab, die am Montag wieder aufgenommen werden sollen.

Chamberlain und Churchill.

Der Schleier, der über dem überraschenden und befremdenden Gegensatz der Auffassung Chamberlains und Churchills in der Räumungs- und Kriegsentschädigungsfrage lag, beginnt sich zu lüften. In dem Ressortkonflikt zwischen Schatzamt und Auswärtigem Amt hat leider das Schatzamt nachgegeben. Minister Churchill war aus sachlichen Erwägungen in den wichtigen Deutschland angehenden Fragen zu einem Standpunkt gekommen, der der französischen Auffassung scharf entgegenstand. Der Besuch Parker Gilberts in London hatte im konservativen Kabinett die Hoffnung erweckt, daß eine damals noch für wahrscheinlicher gehaltene endgültige Lösung der Kriegsentschädigungsfrage ein wertvoller Erfolg der konservativen Regierung sein würde. Die französische Hartnäckigkeit hat die Erfolgsaussichten inzwischen so herabgemindert, daß der unter dem genannten Gesichtspunkt seinerzeit in Erscheinung getretene Widerstand des Schatzamtes gegen die französische These erlahmt ist. Chamberlain hat freies Spiel für seine Poincaré-Politik erhalten. Der englische Botschafter in Paris Lord Tyrell ist mit einem französischen Erfolge in die französische Hauptstadt zurückgekehrt. Chamberlain hat sofort scharf eingegriffen, um die enge Zusammenarbeit Englands und Frankreichs wenigstens in der deutschen Frage wiederherzustellen, nachdem die amerikanische Seite dieser Bündnisgemeinschaft in ihren Auswirkungen eine Lockerung der Abmachungen zwischen London und Paris gebracht hatte.

Kardinal Francica-Nava †.

)(Rom. Kardinal Francica-Nava, Erzbischof von Catania, ist nach längerer Krankheit gestorben.

Sternburg-Bier verlangt unbedingt, wer im Prinzip was Gutes trinkt.